

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 29. August 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 100

### Das neue Lohnabkommen und die Markkatastrophe

Mit dem am 18. August im Tarifauschuss erstellten Ergebnis ist unter Einbeziehung der für den 1. September festgesetzten zweiten Rate die 30. Teuerungszulage im Buchdruckergewerbe beschlossen worden. Die erste trat am 1. April 1916 in Kraft. In diesem Jahre sind bis jetzt sechs Lohnabkommen getroffen; zwei davon (Juli und August) setzen sich aus zwei Raten zusammen.

Die 30 Teuerungszulagen waren nicht immer, aber doch meistens rechte Schwerkübeln. Dementsprechend gestaltete sich auch ihre Aufnahme in der Gehilfenschaft. Auf Prinzipalsseite ist es freilich häufig nicht anders gewesen. Es kam, wie bei den Gehilfen, nicht selten öftlich zu Ablehnungen des Ergebnisses, obwohl die Lohnabkommen gleich im Tarifauschuss zu vertraglichem Abschluss gelangten. Daß diese eigentlich falsche Methode in der Gehilfenschaft ausbreiteter in Anwendung zu kommen pflegt, ist durch die viel, viel größere Personenzahl hier an sich verständlich. Es wird das um so eher, als ungewiss, daß die Verhandlungsresultate mit den tatsächlichen Erfordernissen des Lebens bei der meist krämerhaften Lohnpolitik unserer Prinzipale (und der graphischen Arbeitgeberchaft überhaupt) oftmals in zu starkem Gegensatz standen. Das wäre noch mehr der Fall gewesen, wenn die Gehilfenunterhändler nicht durch Geschick und Entschlossenheit bis Prinzipalsseite vor ihrem momentanen besten bezeichneten Standpunkt abzubringen vermocht hätten. Da das Drängen in der Gehilfenschaft zur möglichen Angleichung der Löhne zwischen Großstadt und Kleinstadt geht, aber gerade darin das entgegengesetzte Bestreben auf der andern Seite besteht, so ist es eben außerordentlich schwer für die Gehilfenvertreter, mit befriedigenden Ergebnissen vor ihre Mandatgeber zu treten. Anstrengt würden die Provinzorte schlechter daran sein, wenn die Lohnforderungen nicht mehr zentral aufgestellt und ebenso verhandelt werden könnten. Gewiß ergeben sich noch zu viele Stäufelungen und zu große Spannungen, es wäre aber bestimmt schlimmer, wenn die Provinzprinzipale mehr Bewegungsfreiheit hätten. Untre Kollegen übersehen auch gar zu leicht die großen Unterschiedlichkeiten, die bei andern Arbeitergruppen in der mannigfachen Weise bestehen.

So ist es also immer ein Ringen und Würgen bei den Verhandlungen gewesen. In den Veranlassungen bei der Vercherkaltung aber wurden die Begründungsformen für die armen Gehilfenvertreter zunehmend herabfallend. Daß die nicht übermäßigsten, aber trotzdem auch nicht zu unterschätzenden Lohnsteigerungen nicht noch mit großen Anreizen erkauf werden konnten, was gar bald zur Enttäuschung der Organisationskräfte geführt haben würde, ist ein Trost, von dem die kommunikativen Organe und manchmal auch andre Arbeiterblätter nichts wissen wollen. Jetzt kann man von erstangeführter Seite wieder Standreden an die Buchdrucker lesen, als ob es sich um gewerkschaftliche Analphabeten handelte, derweilen über Niederlagen anderswo geschwiegen wird, auch wenn „man“ vorher die kräftigsten Söhne zu solchen Vorgeben geschwungen hatte.

Das neue Lohnabkommen fiel in ein ganz kritisches Stadium. Der Polucrisismus hatte durch sein immer ärgeres Wüten gegen Deutschland und unter gern bereiter Mithilfe der deutschen und der internationalen Börsenräuberei beim Zusammenstürzen des Tarifauschusses es bereits auf das erste Tausend des Verhältnisses vom Dollar zur Mark gebracht. Das gemeingefährliche Treiben der Devisenparaten hatte die Reichsregierung anheimselnd ganz überleben, weil der französische Nationalismus und Imperialismus durch seine gegenwärtigen Repräsentanten und die Londoner Konkurrenz ihren Sorgenhimmel schon zu stark und völlig bewölkt. Das kritisiert jetzt das „Berliner Tageblatt“, und auch die „Frankfurter Zeitung“ hat schon Tadelsworte gefunden gegen diese Läßlichkeit. Sonst aber hat nur die Arbeiterpresse ihre warnende Stimme erhoben vor dem Gebahren der Dinge mit der Devisenpekulation und der Wirtschaftskrise. Das Versteigern

der Gewerkschaftszentralen hat leider beim Reichskanzler eine Resignation erkennen lassen, die eigentlich mit den Worten zu spät ihre richtige Kennzeichnung findet. Auf die am 26. August endlich verlautbarten Maßnahmen gegen die hereinbrechende schwere Not und weiteres wird noch eingegangen werden. Die Flucht aus der Mark ist eben im vollen Gange, und die Industrie zetzt sich weber gewillt noch fähig, um das zu tun, was sie zur Verhinderung der schlimmsten Folgen der Markkatastrophe immerhin noch unternehmen könnte. Wenn das geschehen würde, könnten die von der Reparationskommission aus in Berlin geführten Verhandlungen doch nicht einen solchen schlimmen Niederschlag an dem Ölibaume Börse finden. So waren wir denn vom Dollarkrisis 1011 bei Beginn der Tarifauschussführung schon auf 1251 gekommen, als man zwei Tage später wieder auseinanderging. Am 25. August war der Dollar vorübergehend gar auf 2400 M. hochgefahren, und am Wochenendausschlag stand das Inghlischesbarometer für die vielen Millionen, die sich nicht aus der Mark retten können, sondern selbst noch unter diesen traurigen Umständen um ein größeres Quantum dieser wertlosen Papiereisen des Glends ringen und kämpfen müßen, auf 1895.

Die Markkatastrophe war also schon lüchlig im Gange, als das neue Lohnabkommen gedeichelt wurde. Daß es unzulänglich ist, stand von vornherein fest; allerdings kam die tollwütige Dollarkrise erst nachdem voll zum Ausbruch. Wir haben deshalb dem letztmaligen Berliner Ergebnis kein Hosanna auf den Weg gegeben. Das verbietet die unbetrachtbaren Zustände und auch die Begleitumstände der Verhandlungen; die werden uns früher schon gemachten Wahrnehmungen starker Schacherel von Prinzipalsseite nicht minder. Jedoch ist von uns (Nr. 97) das Beschlossene der Zustimmung und geschlossenen Beachtung der Kollegen empfohlen. Damit sollte einer gewerkschaftlichen Selbstverächtlichkeit Ausdruck gegeben sein.

Die Aufnahme des neuen Abkommens bei lächlig und zuweilen auch schon stündlich kräftig weiter ansteigenden Preisen kann man sich vorstellen. Die uns vorliegenden Veranlassungsberichte und Zeitungsnachrichten laufen durchweg sehr ungünstig und lassen selbst dort eine mächtige Gärung erkennen, wo es nicht zu Explosionen gekommen ist. Leider sind auch wieder Unversöhnlichkeiten gegen die Gehilfenvertreter zu verzeichnen, die es doch wahrlich schwer genug haben. Zum Teil hatten die Veranlassungen schlechten Belauf aufzuweisen; die in diesen Fällen angenommenen Entkräftungsresolutionen oder mehr noch sind also nicht zu verstehen. Wieder in andern Orten hat man kaum geschlagen über das geringe Maß der Lohnenerhöhung, obwohl man selbst nicht so viel oder doch nicht mehr gefordert hatte. So unlogisch das klingt, wenn innerhalb drei Tagen das Pfund Fett um 100 M., d. h. auf 260 M. (26. August) steigt, kann man auch das verstehen. Und so ist es mit den andern Artikeln des lächlichen Bedarfs gleich oder recht ähnlich.

Die Zweitteilung des neuen Lohnabkommens wird aber am meisten verurteilt. Das Verlangen, die Septemberrate sofort oder zurück von Mitte August an auszubehalten, ist fast allgemein. Vielfach sind örtliche Verhandlungen darüber angeknüpft worden. In der Begründung wird neben dem Wollstand allgemein auf die höheren Löhne der übrigen Arbeiter verwiesen. Wenn auch in einzelnen Fällen und in Veranlassungsreden darüber manche Verleugerei zu vernehmen ist, so hat das im groben und ganzen doch seine Richtigkeit. Den Prinzipalen und namentlich ihren Vertretern im Tarifauschuss ist die der Nr. 32 des „Korrespondenzblattes“ vom 12. 8. beigegebene große Tabellenbeilage deshalb zu ernsthaftem Studium zu empfehlen. Wenn jedoch den Gehilfenvertretern vorgeworfen wird, daß sie trotz der zahlenmäßigen Höhe der 1000 M. nicht viel mehr gefordert haben, und daß sie bei der ersten Rate auf 500 M. in der Spitze zu weit zurückgegangen seien, so muß darauf verwiesen werden, daß vor den letzten Verhandlungen in Halle a. d. S. sogar der kommunikativen Stadtrat und Kollege Döbering nur 500 M. gefordert hatte und dafür den Kampf sofort aufnehmen wollte. Das war zu einem Zeitpunkt, als bei unsern Verbandsvorständen schon die Absicht bestand, der Gehilfenvertretung 1000 M. als For-

derung bei der Vorbesprechung zu empfehlen. Die bei den letzten örtlichen Aktionen beobachtete Spannung bei den Forderungen um 560 M. (eigentlich bis über 1000 M. gehend, denn einige Orte hatten zunächst 100prozentige Lohnenerhöhung verlangt) widerlegt dieser Einwurf auch genügend. Die Gehilfenvertretung hat einseitlich und ohne Zweitteilung die 1000 M. gefordert. Hätte die Prinzipalsvertretung in der Kommission nicht wieder das alte Schachergeßel getrieben und darauf geachtet, wie einbringlich vor einer Verringerung und Immooblung des Gehilfenantrags gewarnt worden ist, dann, mit der glatten Bewilligung der 1000 M., hätte sich doch noch eine andre Aufnahme des Abkommens ergeben.

Da weder diese Warnungen genügend zogen und auf die Sturmzeichen der Dollarkrise nicht geachtet wurde, haben sich an vielen Druckorten Verwicklungen ergeben. In Berlin und Leipzig ist mit ungleichem materiellen Effekt von den Veranlassungen örtliches Verhalten gefordert worden. In Magdeburg hat man Zusammenlegung der Raten und Früherlegung der ganzen Erhöhung gefordert, ist damit von den Prinzipalen abgelehnt worden, hat eine Abstimmung über örtlichen Streik in die Wege gestellt und ist dann einem Rufe des Regierungspräsidenten zu neuen Verhandlungen gefolgt. In Mannheim und Ludwigsb. hat man die Zusammenlegung der Raten gefordert und für den Fall der Ablehnung die Ergriffung anderer Maßnahmen durchblicken lassen. Dagegen hat erklärt, es nicht bei dem Berliner Abkommen, wie es ist, bewenden zu lassen. Köln will ebenfalls Zusammenlegung und sofortige neue Verhandlungen, deren Ergebnis am 3. September in Kraft zu treten hat, auch soll eine Kreisamtsitzung sofort stattfinden; den Forderungen ist ultimativer Charakter gegeben. Der Bezirk Aresfeld hat eine Sonderforderung von 1000 M. erhoben und macht das Weitere abhängig von der Erledigung dieser Forderung prinzipalsseitig. Diese Angelegenheiten sind, soweit unsre Informationen bis jetzt reichen, noch in der Schwebe. In Alzenau hat bei der Hauptfirma ein kurzer Druckerstreik stattgefunden. In der Frage eines Ausgleichs für die Höherenlöhne wurde Entgegenkommen erzielt, das Zusammenlegen der Raten aber wurde abgelehnt. In Selt ist es bei den „Zeiger Neuesten Nachrichten“, die eine geforderte Zwischenteuerungszulage abgelehnt hatten, obwohl sie von andern Betrieben bewilligt wurde, zu einem Konflikt gekommen, der verschärft worden ist dadurch, daß der Betriebsratsvorsitzende und der Ortskassierer des Verbandes nicht wieder eingestellt werden sollen. In Duisburg ist ein örtlicher Konflikt ausgebrochen, der entgegen Zeitungsmeldungen den Charakter eines Bewilligungsstreiks hat; drei Firmen haben bewilligt. Dagegen soll in Eberfeld wegen der Forderung einer 100prozentigen Lohnenerhöhung ein allgemeiner örtlicher Streik im Gange sein, der vielleicht schon nach Barmen und Remscheid übergegriffen hat. In Solingen kritisiert es von neuem, da die Prinzipale die zur Beilegung des jüngsten örtlichen Konflikts getroffenen Vereinbarungen eine den Gehilfen ungünstige Auslegung gaben. Wir befürchten, daß in noch mehr Orten inzwischen die Hochspannung sich in örtliche Konflikte entladen hat. Was an sich über die „Lohnpolitik auf eigene Faust“ unter dem gewerkschaftlichen Gesichtswinkel aus zu sagen wäre, ist in Nr. 93 deutlich geschehen. Der Ausgang der größten solcher Aktionen in letzter Zeit (Berlin und Frankfurt a. M.) läßt uns wiederum ermahnen, den Generalversammlungsbeschließen der Organisation allgemein Rechnung zu fragen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat in einem sehr verständigen Nachwort zu dem dortigen Konflikt, der auch der Förderung des Graphischen Industrieverbandes nicht dienlich gewesen ist, ausgesprochen, daß die graphische Unternehmerchaft mit Ausnahme der Zeitungen gar kein Interesse an der Vermeldung des Konflikts gesetzt hat, was sie selbst bedauert. Auch das muß mit in Erwägung gezogen werden. Vom menschlichen Standpunkt aus kann man in diesen kirchlichen Wochen ja mehr verstehen als sonst. Die „Zeitschrift“ scheint mit ihrem das neue Abkommen begleitenden Artikel „Die Lohnschraube ohne Ende“ (Nr. 67) von alledem gar nichts zu wissen. Diese Seite berei kommt

einem wieder vor wie ein Spaziergang auf dem Monde. Die Bemerkung, daß es den Schachern auf ihrer Seite gelungen ist, die Gehilfenforderungen beträchtlich zurückzuschrauben, ist im Grunde genommen doch auch Bemerkung über den Wiederaufbruch von irdischen Konflikten und über die bis zur allgemeinen Explosion geladene Erregung in der Gehilfenschaft. Wenn die intellektuelle Urheber davon sind doch nicht etwa auf Gehilfenstelle zu suchen. Die paar „Gewerkschaftsstrategen“, die dazu nachhelfen, bleiben in ihrem Einfluß auf die Masse dagegen wirklich weit zurück. Der Bankrott muß auch im Prinzipalsorgan als Hauptfaktorglied herhalten. Es ist zuzugeben, daß momentan diese Seite größere Schwierigkeiten zeigt. Aber bisher kann es damit nicht so schlimm gewesen sein, weil man bei den großen Zahlungen an die preisbehafteten Lieferanten und bei den enormen Materialankäufen, Geschäftsverlängerungen usw. diese Schmerzmittel nicht zu hören bekam, sondern lediglich bei Lohnforderungen. Dann hätte ja auch das Mittel- und das Kleingewerbe schon längst in das gleiche Notizen fallen müssen; es hat aber williger und schneller höhere Röhre gezahlt als das Buchdruckgewerbe, was sogenannte soziale Verständnis wie eine Epidemie haucht. Wie man da zum Herbit für die Tarifrenewierung sich mit groben Erwartungen auf Verständnis für gewisse Wünsche auf Prinzipalsseite trauen kann, ist uns unerfindlich. Zur Entschuldigung können allenfalls die Nachschichten der Provinzopposition dienen, worüber die „Zellschrift“ vom 25. August einige Erbaulichkeiten bringt. Aber wenn die Bedier-Trabanten, die man ja schon zu den Tarifschubhülftungen herangezogen hat, von „Verrat der Provinz“, von „jogenannten Prinzipalsvertretern“, die „die Interessen der Provinzbuchdrucker schmählich im Stiche gelassen haben“, sprechen und ihnen „Walschlappenpolitik“ vorwerfen, so ist das doch nichts als demagogischer Quatsch, auf den man gar nichts geben sollte.

Wie die Dinge durch die Marktkatastrophe zum Verhängnis treiben, so darf dem nicht zugegeben werden von der andern Seite etwa mit der Berufung auf den 14. September als neuen Verhandlungstermin. Schließen andre Branchen unter dem Zwange der Verhältnisse schon auf nur 14 Tage ab, was im österreichischen Buchdruckgewerbe ja auch nichts Neues ist, so kann das auch bei uns geben. Man vereinfache nur den Apparat beträchtlich, dann geht schon viel. Warum kann nicht auch Anweisung gegeben werden, die Septemberrate schon voll für diese Woche zur Ausschüttung zu bringen? Die unglaubliche Entwertung der Mark ist doch genug Grund dazu und der Abstand der Buchdruckerlöbne zu vielen andern noch besonders. Soll nicht an Stelle der jetzt bitter notwendigen Permittenzpolitik in unserm Gewerbe „Brandlackerpolitik“ geübt werden, dann müssen zu Anfang der nächsten Woche neue Verhandlungen stattfinden. Unsere Kollegen können wir sagen, daß die Verbandsleitung in dieser und ähnlicher Richtung tätig ist. Wenn die Prinzipalität das Chaos noch verhüten will, dann handle sie, wie andre Unternehmerklassen es jetzt auch tun. Die Gehilfenvertreter sind nicht länger imstande, die Dämme einer Regelung der Arbeitsverhältnisse zu halten. Das wäre wohl die erste und nicht die einfachste Folge der Markkatastrophe für das Buchdruckgewerbe.

## Verbandsstag der Lithographen und Steindrucker

Das Organ dieses Verbandes hatte für seine vorstehe Nummer die Veröffentlichung eines Beschlusses protokolliert von dessen Tagung in Nürnberg angekündigt. Wir waren, hauptsächlich aus Raumangel, sowie in Bezug genommen mit der Behandlung dieser Generalversammlung, also konnte noch abgewartet werden, ob sich noch bemerkenswerte Einzelheiten ergeben. Die „Graphische Presse“ hat aber das Beschlussesprotokoll weiter hinausgeschoben müssen. Nun geht unterdessen ein längerer Abwarten nicht wohl an. Eine eingehende Berichterstattung wie im „Korr.“ über unsere Leipziger Tagung wird dort ausdrücklich als unnötig erachtet, da in den Verhandlungen alles schon gesagt worden ist.

Für die Lithographen und Steindrucker war es ebenfalls der erste Verbandsstag, den sie vom 31. Juli bis zum 5. August in dem sehr teuer gewordenen Nürnberg abhielten. 45 Delegierte, 10 Gaukeller, 5 Vorstandsmitglieder waren erschienen, zu denen sich noch Vertreter in der Einzahil von verschiedenen Organisations- und andern Instanzen gesellten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte Hermann Müller und der Graphische Bund Friedrich Brischow entsandt; beides Mitglieder der tagenden Organisation. Selb, Gauellen und Bucher, die Vorsitzenden der graphischen Verbände in Deutschland, vervollständigten nebst Wülten aus Österreich, Schweiz, Holland, Schweden, Belgien und Tschechoslowakei den Rahmen der Teilnehmer.

Zwischen den Tagungen in Magdeburg (1919) und Nürnberg ist die Mitgliederzahl von 9582 auf 19683 gestiegen, hat sich also verdoppelt. Mitgliederzahlen bestehen in 139 Orten. Weltliche Mitglieder sind nun 296 vorhanden. Der Lehrlingsabschlus, die älteste im graphischen Gewerbe, gehören 1655 junge Verfassungen an. Die Tätigkeit der Verbandsleitung auf dem Lohn- und Tarifgebiete war äußerst reger; es gelang, erhebliche Ver-

besserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Der Verbandsvorsitzende Hof gab noch einige Ergänzungen zu dem Vorstandsberichte, worin das verständnisvolle Friedensdiktat von Versailles, die in der deutschen Arbeiterkassette durch die Kommissionen betriebene Stärkung der Gewerkschaftsarbeit (der durch den mitteldeutschen Bund 1921 so unruhig bekannt gewordene Eberlein ist Mitglied des Verbandes) und die oftmals wahrzunehmende Unvernunft in der Kritik gegenüber dem Verbandsvorstand in Vorklagen Hervorhebung fanden. Ausführlicher sprach Ausschussvorsitzender van Dijk und Redakteur Kanner brachten in ihren Berichten ebenfalls manches Bemerkenswerte zur Erwähnung. Das Verbandsvermögen war am Schluß von 1921 auf 2291353 M. angewachsen.

Die Besprechung des Vorstandsberichts hob sich namentlich durch die Kürze — der ganze Punkt wurde in einhalb Tagen erledigt — vornehmlich von den großen Redebildlichkeiten und Oppositionsaktionen auf andere gewerkschaftlichen Generalversammlungen ab. Instre Schwager vom Stein haben zwar auch eine Opposition, wozu die mit kommunistischem Einschlag wohl acht Mann zählte, aber es war doch etwas andres, wie sich diese Diskussion abspielte. Die Angriffe auf den Verbandsvorstand wurden als Entgeltung einzelner verurteilt. Den Mangel an geistiger Regelmäßigkeit in den Mitgliederkreisen, worüber Hof ebenfalls unumwunden gesprochen hatte, führte man auf den durch die sich überflutenden Lohnbewegungen eingetretenen Stillstand der gewerkschaftlichen Denk- und Erziehungsarbeit zurück. Der Vertreter des AOBZ. rannte jedoch mit den kommunistisch gefärbten Delogierten mächtig zusammen, als er die von Wopkau ausgehenden Wühlarbeiten in den Gewerkschaften kennzeichnete. Dem AOBZ. wurde sonst noch gewöhnlich, mit großen wirtschaftspolitischen Forderungen mehr zurückgehalten, da in Gewerkschaftskreisen ja schnell auf Erfüllung gerechnet wird. Dann gelangte der Vorstandsbericht zu einstimmiger Genehmigung; auch darin haben unter Schwager also nicht wenig voraus gegenüber uns Buchdrucker.

Der Graphische Einzelverband, was streng genommen eine stärkere Heraushebung des Industrieverbandes ist, war das dem zweiten Vorstehenden Serbit zugefallene Referat. Er schloß es mit dem Theaterdirektor in Goethes „Faust“ zu halten: „zu Worte sind genug geschwiegen“ usw. Den Zusammenklus aller Papierarbeiter hielt er für unpraktisch und vorgezogen mit einem sbernen Kolof. Der zwangsweise Zusammenklus der vier graphischen Verbände aber könnte auf eine Verschmelzung von Ungleichem mit Ungleichem hinauslaufen. Die Ablehnung des Einheitsstatuts (vom Graphischen Bund ausgestellt) durch den Buchdruckerverband ist ebenfalls nicht anders als eine Verjagung der Frage auf drei Jahre. Die Verbandsstake müßten allein solche weittragenden Entscheidungen wie über den Graphischen Einzelverband treffen können, dazu wären doch nicht nachherige Abklärungen notwendig. Das Fehlen eines Hilfsarbeiterlaris für das Steinruckergewerbe könne allerdings den Gehilfenlaris gefährden, deshalb müßte hier Änderung eintreten; auch die verbleibenden Gehilfenlaris wären erst zu vereinigen. Im Auftrage des Verbandsvorstandes legte Serbit dann folgende Entschlüsse vor:

Der Verbandsrat erneuert seine Bestrebungen über die Notwendigkeit eines Industrieverbandes für die papierverarbeitende Industrie und beauftragt den Verbandsvorstand, als Vorarbeit

1. erneute Ausstufungen zur Herbeiführung reichhaltiger Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Steinruckergewerkschafts zu unternehmen und
2. die bestehenden Reichslaris zu vereinigen.

Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wird ersucht, im Verolge des 1. m gegebenen Auftrages seines Verbandsrats die bisherige Form der Organisation aufzugeben und dafür die Organisationsform der übrigen Verbände des graphischen Gewerbes in Vorschlag zu bringen.

Den Verbänden der Buchbinder und Hilfsarbeiter wird die Regelung des Vertrags nach einseitigen Gehilfenpunkten empfohlen. Der Verbandsvorstand erhält Vollmacht, unter inneren Einrichtungen, Gauentwicklung usw. zu verändern, wenn deren Aufrechterhaltung der Weltensicherheit der graphischen Verbände hinderlich sein sollte. Zur Mitwirkung hierbei ist die Gauleiterkonferenz berufen.

Der Verbandsrat ist berechtigt bis zum vollständigen Zusammenklus der vier graphischen Verbände als Übergangsmassnahme die gewerkschaftlichen Beziehungen in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzusetzen, hierfür bestimmte Beiträge zu abzurufen und dabei die andern graphischen Verbände ein, diesem Beschlusse beizutreten.

Die Führung übernimmt die „Graphische Bund“ durch eine aus je zwei Vorstandsmitgliedern der beteiligten Verbände gebildete Körperlichkeit, an deren Spitze ein beiderseitiger Vorsitzender steht.

Diese Körperlichkeit führt durch die ihr angehörenden Vertreter der Verbände alle Tarifverhandlungen nach einseitigen Gehilfenpunkten. Die bisherige Art der Vorbereitung der Verbandsverbände kann beibehalten, muß aber vereinfacht werden.

Die Entschlüsse über Eitelis und deren Finanzierung liegt auf Antrag der Verbandsverbände bei dieser Körperlichkeit des Graphischen Bundes.

Während sämtliche Redner unserer Schwager sich in der Debatte für die Vorstandsentschlüsse erklärten, machten die Verbandsvertreter mehr oder weniger erhebliche Bedenken dagegen geltend. Sauerlen (Buchbinderverband) verteidigte die Vornahme der Abstimmung in dieser weittragenden Angelegenheit und forderte das auch von den Lithographen und Steindruckern. Da der Verbandsrat der Buchbinder sich für den Industrieverband schon grundsätzlicher ausgesprochen hat, so kamen bei diesem Redner mehr Erwägungen praktischer Art zum Ausdruck: Verlangen nach Abstimmung, damit in allen Verbänden auf diesem Wege in der wichtigen Frage entschieden werde; derzeitige Undurchführbarkeit des zweiten Teiles der Resolution, weil die Voraussetzungen dazu fehlen. Unser Verbandsvorsitzender Serbit rief von der Annahme des zweiten Teiles der Resolution (also von: „Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“ an) überhaupt ab; es werde bei den Buchdruckern Schwierigkeiten damit geben. Es müßte erst in jedem Verbandsmanchelei Entgegenstehendes überwunden werden und in jeder Organisation werden erst die Grundlagen für den Zu-

sammenklus in genügendem Maße zu schaffen. Dafür ist der Graphische Bund da. In den Graphischen Stellen könnte und müßte auch erst für das einheitliche Arbeiten mehr gesehen. Bucher (Hilfsarbeiterverband), der schon auf unserer Leipziger Tagung sich als Realpolitiker in dieser Frage erweisen hatte, erklärte, man solle doch nicht den natürlichen Entwicklungsgang zum Graphischen Industrieverband durch Diakate oder gefühlsmäßig zusammengebrachte Abstimmungsergebnisse aufhalten. Sie wollten nicht einen Klotz am Beine bilden und ihren Verband dabei aus eigener Kraft erst solche Fortschritte machen lassen, daß sie als gleichberechtigte Glieder einen Bestandteil des Ganzen bilden könnten. Der Sekretär des Graphischen Bundes trat ebenfalls für eine Abstimmung im Sinne der schon bestehenden Beschlüsse der Buchbinder und der Buchdrucker ein. Das alles hall jedoch nichts, die Vorstandsresolution wurde sogar einstimmig angenommen. Der Graphische Bund soll sich aber noch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Von der referierenden Art vorübergehend abweichend, müssen wir sagen, daß der zweite Teil der angenommenen Vorstandsentscheidung geradezu ein Suizidakt für den Graphischen Industrieverband ist, der bei den noch vorzunehmenden Abstimmungen in Mitgliederkreisen leicht zu reißerischen Erwägungen als sonst führen kann. Der erste Absatz des zweiten Teiles verlangt nämlich schlankweg von unserer Organisationsleitung Aufgaben des föderalistischen Systems, also des weitgehenden Selbstbestimmungsrechts unserer Gauen, das sogar in ganz linksstehenden Kollegen Anhänger und Verteidiger hat (siehe Artikel Kotte in Nr. 96), und Einführung der streng zentralistischen Organisationsform. Es wird damit an einen „Auftrag“ unter Generalverlammlung erinnert, was ein recht eigenartiges Verfahren ist. Ein „Auftrag“ ist doch in Leipzig direkt nur hinsichtlich der Vornahme einer Abstimmung über den Graphischen Industrieverband erfüllt worden durch Annahme des Auftrags 26 von Franz Surl-Offenbach; der Serbit ist von vornherein als Ausführungstermin bekanntgegeben worden. Das ist maßgebend und über die Ausführungen zu stellen, die der Berichtsteller der Idealen Kommission wohl zur Änderung der Organisationsform gemacht hat, woran aber die ganze Generalversammlung achlos vorüberging und worüber auch gar kein Beschluß gefaßt worden ist. Der Suizidakt von Nürnberg gab deshalb zu einigen etwas deutlichen Bemerkungen in Nr. 92 Anlaß, da doch der Ausfall der Abstimmung bestimmend für alles weitere ist. Das wäre auch so, selbst wenn die Kommissionsberichterstattung sich entschledener angelegt hätte für das Aufgeben des föderalistischen Systems in unserm Verbands. Das Organ des Graphischen Bundes zeigt sich in der Augennummer nun sehr aufgeregelt über den „Korr.“. Es muß zwar selbst darüber Klage führen, daß die so weittragende Vorstandsresolution zum Graphischen Einzelverband ohne jede Fühlunahme, geschweige denn nach einer vorherigen gemeinsamen Besprechung vorgelegt worden ist; aber es meint doch, der „Korr.“ wäre zu weit gegangen. Außerdem soll ein Widerspruch zwischen einem redaktionellen Artikel im „Korr.“ vom 20. Mai und den nun eingekochten Bemerkungen vom 10. August bestehen; wer den Malerartikel aber in seiner ganzen Tendenz erfasst hat, wird dieser Ansicht nicht sein. Sonst können wir dem „Graphischen Bund“ nur raten, daß die Gefahr nicht zu überleben, die in der Frage des Graphischen Industrieverbandes durch Abreißer viel eher als durch eine Art wohnwollender Passivität angerichtet werden kann. Die „Graphische Presse“ vom 25. August führt größeren Gehäus gegen den sinnhaften „Korr.“ auf, und zwar stellenweise in recht überbeßlichem Tone. Da vorstehend über den Sachverhalt schon das Erforderliche gesagt worden ist, glauben wir nur noch der beschiedenen Meinung Ausdruck geben zu dürfen, daß die nun vorliegenden Stellungnahmen von drei graphischen Verbandsstagen in ihrer Verbleibendheit der „Graphischen Presse“ wohl ein glänzendes Omen für den Einzelverband bedeuten? Man kann sich aber die Sache auch anders aufgelesen denken.

Und nun zurück wieder zum Verhandlungsgang. In gelochter Sitzung wurde über die Tarifpolitik des Verbandes referiert (Serbit) und gegen nur einige Stimmen eine Resolution angenommen, die kurz besagt: Erneutes Bekenntnis zu zentralen Tarifen und zu zentralen Lohnfestsetzungen; frei zu vereinbarende Entschlüsse ausgen für Qualitätsfestsetzungen, Forderung der Mitwirkung in der Preisbildung; Herbeiführung tariflicher Verhältnisse in der Porträtfotographie, wo noch unregelmäßige Verhältnisse bestehen; Zusammenführung der Reichslaris zwisch gleichzeitiger Lohn- und Tarifverhandlungen; Mantellarif für das gesamte graphische Gewerbe mit Zusatzverträgen für die besonderen Verhältnisse der einzelnen Berufe. Zur Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Disziplin wie zur Vermeidung von faktischen Fehlern, wie sie bei brüchigem Vorgehen leicht vorkommen, dient die bemerkenswerte Schlussbestimmung:

Der Verbandsrat erneuert den Beschluß von Magdeburg, nach welchem die Mitglieder aufgefordert werden, die Einweisungen des Verbandsvorstandes aus freier Entscheidung anzuerkennen mit der Ermächtigung, dah Vorstellen, die den Verband und die Beiträge gefährden, mit Mitteln des Statuts begegnet werden kann. Dazu ist zu bemerken, daß in der Nachbarorganisations vom Steindrucker gelegentlich brüchliche Aktionen nicht etwa eine Regelerscheinung sind; es wird nötigenfalls kräftig durchgegriffen.

Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften bildeten ein vom Verbandsvorsitzenden Hof mit bekanntem Geschick behandeltes Thema. Die Redner kommunistischer und unabhängiger Richtung fanden hier ausreichend Gelegenheit, ihren abweichenden Standpunkt zu vertreten. Das geschah wieder in einer Weise, die auf den Tagungen der Buchdrucker und der Buchbinder nicht so fluierend



